

---

Gemeinde Mahlberg

---

## **6. Änderung des Bebauungsplans „Stiegele“**

---

### **Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung**

---

Freiburg, den 25.02.2021



---

Gemeinde Mahlberg, 6. Änderung des Bebauungsplans „Stiegele“, Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

---

Projektleitung:  
M.Sc. Biodiversität und Ökologie Anja Ullmann

Bearbeitung:  
M.Sc. Geoökologie Stefanie Breunig  
M.Sc. Umweltmanagement Josefine Höfler

---

faktorgruen  
79100 Freiburg  
Merzhauser Straße 110  
Tel. 07 61 / 70 76 47 0  
Fax 07 61 / 70 76 47 50  
freiburg@faktorgruen.de

---

79100 Freiburg  
78628 Rottweil  
69115 Heidelberg  
70565 Stuttgart  
www.faktorgruen.de

---

Landschaftsarchitekten bdla  
Beratende Ingenieure  
Partnerschaftsgesellschaft mbB  
Pfaff, Schütze, Schedlbauer, Moosmann, Rötzer, Glaser

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Anlass und Gebietsübersicht .....</b>	<b>2</b>
<b>2. Rahmenbedingungen und Methodik .....</b>	<b>2</b>
2.1 Rechtliche Grundlagen .....	2
2.2 Methodische Vorgehensweise .....	4
2.2.1 Schematische Abfolge der Prüfschritte .....	4
2.2.2 Festlegung der zu berücksichtigenden Arten .....	5
<b>3. Lebensraumstrukturen im Untersuchungsgebiet .....</b>	<b>6</b>
<b>4. Wirkfaktoren des Vorhabens und Vermeidungsmaßnahmen .....</b>	<b>7</b>
4.1 Wirkfaktoren .....	7
4.2 Frühzeitige Vermeidung von Beeinträchtigungen .....	7
<b>5. Relevanzprüfung .....</b>	<b>8</b>
5.1 Europäische Vogelarten .....	8
5.2 Arten der FFH-Richtlinie Anhang IV .....	9
5.3 Ergebnis der Relevanzprüfung .....	9
<b>6. Vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung der Europäischen Vogelarten .....</b>	<b>10</b>
6.1 Bestandserfassung .....	10
6.2 Prüfung der Verbotstatbestände .....	12
<b>7. Vermeidungs- / Minimierungsmaßnahmen .....</b>	<b>13</b>
<b>8. Zusammenfassung .....</b>	<b>13</b>
<b>9. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>14</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lage des Plangebietes .....	2
Abb. 2: Südostseite des Plangebiets .....	17
Abb. 3: Südwestrand des Plangebiets mit Zierrasen und Hochstauden sowie Gehölzen .....	17
Abb. 4: Nordwestrand des Plangebiets mit Ligusterhecke und größeren Einzelbäumen. ....	18
Abb. 5: Sträucher und Brombeergestrüpp im Plangebiet. ....	18
Abb. 6: Tauben- oder Krähennebst im Plangebiet. ....	19
Abb. 7: Nordrand des Plangebiets entlang der Straße .....	19

## Anhang

- Begriffsbestimmungen
- Fotodokumentation
- Kartendarstellung Vogelkartierung

## 1. Anlass und Gebietsübersicht

### Anlass

Die Stadt Mahlberg plant die 6. Änderung des Bebauungsplans „Stiegele“. Dafür wird eine Grünfläche im Nordwesten von Mahlberg überplant. Das Erweiterungsgebiet hat insgesamt eine Größe von 998 m<sup>2</sup> und beinhaltet die Flurstücke Nr. 2330, 2331 und 2332.

### Lage des Plangebiets

Das Plangebiet befindet sich in Mahlberg und grenzt im Nordwesten und Westen an bereits bestehende Wohngebiete. Direkt nordöstlich befindet sich ein Spielplatz und östlich schließt sich eine Wiese und in ca. 15 m Entfernung eine gesetzlich geschützte Feldhecke an. Jenseits der Feldhecke verläuft die B 3.



Abb. 1: Lage des Plangebietes, die rote Umrandung stellt das Plangebiet dar. Die flächige rote Markierung zeigt das geschützte Biotop (Feldhecke).

### Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet entspricht dem Plangebiet.

## 2. Rahmenbedingungen und Methodik

### 2.1 Rechtliche Grundlagen

#### Zu prüfende

#### Verbotstatbestände

Ziel des besonderen Artenschutzes sind die nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG besonders und streng geschützten Arten, wobei die streng geschützten Arten eine Teilmenge der besonders geschützten Arten darstellen. Maßgeblich für die artenschutzrechtliche Prüfung sind die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG, die durch § 44 Abs. 5 BNatSchG eingeschränkt werden.



Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Neben diesen Zugriffsverboten gelten Besitz- und Vermarktungsverbote.

#### Anwendungsbereich

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten bei Eingriffen im Bereich des Baurechts und bei nach § 17 Abs. 1 oder 3 BNatSchG zugelassenen Eingriffen in Natur und Landschaft die aufgeführten Verbotstatbestände nur für nach europäischem Recht geschützten Arten, d. h. die in Anhang IV der FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG, FFH-RL) aufgeführten Arten und die europäischen Vogelarten. In der hier vorgelegten speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung werden daher nur diese Arten behandelt.

In einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG können zusätzlich sogenannte „Verantwortungsarten“ bestimmt werden, die in gleicher Weise wie die o.g. Arten zu behandeln wären. Da eine solche Rechtsverordnung bisher nicht vorliegt, ergeben sich hieraus aktuell noch keine zu berücksichtigenden Arten.

#### Tötungs- und Verletzungsverbot

Es liegt dann kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG vor, wenn durch den Eingriff / das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht wird und zugleich diese Beeinträchtigung nicht vermieden werden kann. Ebenfalls liegt dieser Verbotstatbestand nicht vor, wenn Tiere im Rahmen einer Maßnahme, die auf ihren Schutz vor Tötung / Verletzung und der Verbringung in eine CEF-Fläche dient, unvermeidbar beeinträchtigt werden.

#### Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

Es liegt dann kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt ist. Gegebenenfalls können hierfür auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) festgelegt werden. Die Wirksamkeit von CEF-Maßnahmen muss zum Zeitpunkt des Eingriffs gegeben sein, um die Habitatkontinuität sicherzustellen. Da CEF-Maßnahmen ihre Funktion häufig erst nach

einer Entwicklungszeit in vollem Umfang erfüllen können, ist für die Planung und Umsetzung von CEF-Maßnahmen ein zeitlicher Vorlauf einzuplanen.

#### Ausnahme

Wenn ein Eingriffsvorhaben bzw. die Festsetzungen eines Bebauungsplanes dazu führen, dass Verbotstatbestände eintreten, ist die Planung grundsätzlich unzulässig. Es ist jedoch nach § 45 BNatSchG eine Ausnahme von den Verboten möglich, wenn:

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegen
- und es keine zumutbaren Alternativen gibt
- und der günstige Erhaltungszustand für die Populationen von FFH-Arten trotz des Eingriffs gewährleistet bleibt bzw. sich der Erhaltungszustand für die Populationen von Vogelarten nicht verschlechtert, z. B. durch Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustands in der Region (FCS-Maßnahmen).

## 2.2 Methodische Vorgehensweise

### 2.2.1 Schematische Abfolge der Prüfschritte

#### Grobgliederung

Die artenschutzrechtliche Prüfung erfolgt in zwei Phasen:

5. Phase 1 (Relevanzprüfung): In Phase 1 wird untersucht, für welche nach Artenschutzrecht zu berücksichtigenden Arten eine Betroffenheit frühzeitig mit geringem Untersuchungsaufwand ausgeschlossen werden kann bzw. welche weiter zu untersuchen sind. In vielen Fällen kann in dieser Prüfstufe bereits ein Großteil der Arten ausgeschlossen werden.
6. Phase 2: Vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung derjenigen Arten, deren mögliche Betroffenheit im Rahmen der Relevanzprüfung nicht ausgeschlossen werden konnte, in zwei Schritten:
  - Teil A: Bestandserfassung der Arten im Gelände
  - Teil B: Prüfung der Verbotstatbestände für die im Gebiet nachgewiesenen, artenschutzrechtlich relevanten Arten.

#### Phase 1 (Relevanzprüfung)

In der Relevanzprüfung kommen folgende Kriterien zur Anwendung:

- Habitatpotenzialanalyse: Auf Grundlage einer Erfassung der am Eingriffsort bestehenden Habitatstrukturen wird anhand der bekannten Lebensraumsansprüche der Arten - und ggfs. unter Berücksichtigung vor Ort bestehender Störfaktoren - analysiert, welche Arten am Eingriffsort vorkommen könnten.
- Prüfung der geographischen Verbreitung, z.B. mittels der Artensteckbriefe der LUBW, der Brut-Verbreitungskarten der Ornithologischen Gesellschaft Baden-Württemberg OGBW, Literatur- und Datenbankrecherche (z.B. ornitho.de), Abfrage des Zielartenkonzepts (ZAK) der LUBW, evtl. auch mittels vorhandener Kartierungen und Zufallsfunden aus dem lokalen Umfeld. Damit wird geklärt, ob die Arten, die hinsichtlich der

gegebenen Biotopstrukturen auftreten könnten, im Plangebiet aufgrund ihrer Verbreitung überhaupt vorkommen können.

- Prüfung der Vorhabensempfindlichkeit: Für die dann noch verbleibenden relevanten Arten wird fachgutachterlich eingeschätzt, ob für die Arten überhaupt eine vorhabensspezifische Wirkungsempfindlichkeit besteht. Dabei sind frühzeitige Vermeidungsmaßnahmen – im Sinne von einfachen Maßnahmen, mit denen Verbotstatbestände vorab und mit hinreichender Gewissheit ausgeschlossen werden können – zu berücksichtigen.

Durch die Relevanzprüfung wird das Artenspektrum der weiter zu verfolgenden Arten i.d.R. deutlich reduziert. Mit den verbleibenden Arten wird nachfolgend die "detaillierte artenschutzrechtliche Untersuchung" durchgeführt (s.u.). Soweit in der Relevanzprüfung bereits eine projektspezifische Betroffenheit aller artenschutzrechtlich relevanten Arten ausgeschlossen werden kann, endet die Prüfung. Die nachfolgenden Prüfschritte sind dann nicht mehr erforderlich.

*Phase 2: Vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung – Teil A: Bestandserhebung*

Die vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung beginnt mit einer Bestandserhebung im Gelände für diejenigen Arten, deren Betroffenheit in der Relevanzprüfung nicht mit hinreichender Gewissheit ausgeschlossen werden konnte. Untersuchungsumfang und -tiefe richten sich nach dem artengruppenspezifisch allgemein anerkannten fachlichen Methodenstandard.

*Phase 2: Vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung – Teil B: Prüfung*

Die nachfolgende artenschutzrechtliche Beurteilung erfolgt in der Reihenfolge der Verbotstatbestände in § 44 BNatSchG. Es wird für die im Gebiet vorkommenden artenschutzrechtlich relevanten Arten/ Artengruppen geprüft, ob durch die Vorhabenswirkungen die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten können.

*Begriffsbestimmung*

Einige zentrale Begriffe des BNatSchG, die in der artenschutzrechtlichen Prüfung zur Anwendung kommen, sind vom Gesetzgeber nicht abschließend definiert worden. Daher wird eine fachliche Interpretation und Definition zur Beurteilung der rechtlichen Konsequenzen notwendig. Die in dem vorliegenden Gutachten verwendeten Begriffe sind in Anhang 1 dargestellt. Sie orientieren sich hauptsächlich an den durch die Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA, 2009) vorgeschlagenen und diskutierten Definitionen. Für die ausführliche Darstellung wird darauf verwiesen. In Anhang 2 werden nur einige Auszüge wiedergegeben.

## 2.2.2 Festlegung der zu berücksichtigenden Arten

Neben allen Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, welche die Artengruppen der Säugetiere, Reptilien, Amphibien, Schmetterlinge, Käfer, Libellen, Fische und Pflanzen umfasst, sind gemäß der Richtlinie über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (Richtlinie 79/409/EWG) alle in Europa natürlicherweise vorkommenden Vogelarten geschützt.

Im Rahmen der meisten Planungen kann ein Großteil der Anhang IV-Arten der FFH-Richtlinie bereits im Vorfeld ausgeschlossen werden (s. Kap. 5.2). Hinsichtlich der Vögel hat sich in der Gutachterpraxis

*Nicht zu berücksichtigende  
Vogelarten*

gezeigt, dass es notwendig ist, Differenzierungen vorzunehmen. Unterschieden werden planungsrelevante Arten und „Allerweltsarten“.

„Allerweltsarten“, d.h. Arten die weit verbreitet und anpassungsfähig sind und die landesweit einen günstigen Erhaltungszustand aufweisen, werden in der artenschutzrechtlichen Prüfung i.d.R. nicht näher betrachtet. Bei diesen Arten kann im Regelfall davon ausgegangen werden, dass bei vorhabenbedingten Beeinträchtigungen nicht gegen die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG verstoßen wird:

- Hinsichtlich des Lebensstättenschutzes im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 5 BNatSchG ist für diese Arten im Regelfall davon auszugehen, dass die ökologische Funktion der von einem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Abweichend von dieser Regelannahme sind aber Lebensraumverluste im Siedlungsbereich im Einzelfall kritischer zu beurteilen, da die Ausweichmöglichkeiten in einer dicht bebauten Umgebung möglicherweise geringer sind.

- Hinsichtlich des Störungsverbotes (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) kann für diese Arten auf Grund ihrer Häufigkeit grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert.

Wenn im Einzelfall eine größere Anzahl von Individuen oder Brutpaaren einer weitverbreiteten und anpassungsfähigen Art von einem Vorhaben betroffen sein kann, ist diese Art in die vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung einzubeziehen.

Regelmäßig zu berücksichtigen ist bei diesen Arten das Tötungs- und Verletzungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 5 Nr. 1 BNatSchG), indem geeignete Vermeidungsmaßnahmen zu treffen sind (s. Kap. 4.2).

*Regelmäßig zu  
berücksichtigende  
Vogelarten*

Als planungsrelevante Vogelarten werden in der artenschutzrechtlichen Prüfung regelmäßig diejenigen Arten berücksichtigt, die folgenden Kriterien entsprechen:

- Rote-Liste-Arten Deutschland (veröff. 2016, Stand 2015) und Baden-Württemberg (veröff. 2016, Stand 2013) einschließlich RL-Status "V" (Arten der Vorwarnliste)
- Arten nach Anhang I der Vogelschutz-Richtlinie (VS-RL)
- Zugvogelarten nach Art. 4 Abs. 2 VS-RL
- Streng geschützt nach der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchVO)
- Koloniebrüter



### 3. Lebensraumstrukturen im Untersuchungsgebiet

#### *Habitatpotenzialanalyse*

Um zu erfassen, welches Potenzial an Lebensraumstrukturen (Habitatstrukturen) im Plangebiet besteht, wurde am 20.01.2020 eine Begehung des Plangebietes durchgeführt. Dabei wurden folgende (potenzielle) Habitatstrukturen festgestellt (siehe Fotodokumentation im Anhang):

- Gehölzbestand mit Sträuchern und Bäumen
- Schnitthecke aus Liguster
- Randlicher Bereich mit Brennesseln und Brombeeren
- Zierrasen

### 4. Wirkfaktoren des Vorhabens und Vermeidungsmaßnahmen

#### 4.1 Wirkfaktoren

##### *Darstellung des Vorhabens*

Die Stadt Mahlberg plant in der Zukunft die Erweiterung eines Wohngebiets und möchte dafür im Rahmen der 6. Änderung des Bebauungsplans Stiegele die bisherige Außenbereichsfläche als allgemeines Wohngebiet (WA) überplanen. Für das Plangebiet liegt bisher kein rechtskräftiger Bebauungsplan vor.

##### *Relevante Vorhabensbestandteile*

Das geplante Vorhaben ist auf diejenigen Vorhabensbestandteile hin zu untersuchen, die eine nachteilige Auswirkung auf Arten oder Artengruppen haben können. Aus der Palette aller denkbaren Wirkfaktoren (in Anlehnung an LAMBRECHT & TRAUTNER 2007) erfolgt eine Auswahl der bei diesem Vorhaben relevanten Wirkfaktoren:

##### *Baubedingte Wirkfaktoren*

- Baubedingte Inanspruchnahme von Flächen durch Baufahrzeuge und Baumaterial
- Lärm- und Staubemissionen
- Gehölzrodungen
- Bodeneingriffe in Form von Bodenabtrag, -auftrag und Verdichtung durch das Befahren mit Baumaschinen

##### *Anlagenbedingte Wirkfaktoren*

- Flächeninanspruchnahme und Versiegelung, dadurch dauerhafte Störung der natürlichen Bodenfunktionen

##### *Betriebsbedingte Wirkfaktoren*

- Keine, die über die einer üblichen Wohnnutzung hinausgehen

## 4.2 Frühzeitige Vermeidung von Beeinträchtigungen

Die nachfolgenden Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Arten und Biotopen ergeben sich:

- zur frühzeitigen Minimierung des artenschutzrechtlichen Konfliktpotenzials
- aus anderen naturschutzrechtlichen Vorgaben insbesondere dem allgemeinen Artenschutz (§ 39 BNatSchG)
- aufgrund von Vermeidungs-/Verminderungsmaßnahmen, die zum hier behandelten Vorhaben im Rahmen der Eingriffsregelung vorgesehen sind.

Bäume und Sträucher dürfen nicht in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abgeschnitten, auf den Stock gesetzt oder beseitigt werden.

## 5. Relevanzprüfung

### 5.1 Europäische Vogelarten

Weitverbreitete und  
anpassungsfähige  
Vogelarten

Aufgrund der Habitatstrukturen (s. Kap. 3) sind als Brutvögel im Plangebiet und dessen nahem Umfeld weitverbreitete und anpassungsfähige Vogelarten zu erwarten. Für das Plangebiet sind als typische Vertreter dieser Artengruppe zu nennen: Amsel (*Turdus merula*), Buchfink (*Fringilla coelebs*), Rotkehlchen (*Erithacus rubecula*), Mönchsgrasmücke (*Sylvia atricapilla*), Zilpzalp (*Phylloscopus collybita*) und Kohlmeise (*Parus major*).

Eine Verletzung oder Tötung dieser Vögel im Rahmen der Fällarbeiten ist auszuschließen, da das Fällen während der Zeit des Brütens und der Jungenaufzucht aufgrund der Vermeidungsmaßnahmen V1 (s. Kap. 4.2) ausgeschlossen ist. Außerhalb dieses Zeitraums wird das Fluchtverhalten der Tiere dazu führen, dass eine Verletzung oder Tötung der Vögel nicht eintritt.

Gemäß den Erläuterungen in Kap. 2.2.2 werden bei diesen Arten die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr.2 und 3 BNatSchG mit hinreichender Sicherheit nicht eintreten; daher erfolgt für diese Arten keine weitere Prüfung.

Planungsrelevante  
Vogelarten

Höhlenbrütende planungsrelevante Vogelarten können aufgrund der fehlenden Baumhöhlen im Plangebiet mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Jedoch wurde bei der Begehung am 20.01.2020 ein Krähen- oder Taubennest gefunden, welches durch Turmfalken besiedelt werden könnte. Auch konnten aufgrund der vorhandenen Gehölzstrukturen Arten wie die Goldammer, der Bluthänfling und der Grauschnäpper nicht ausgeschlossen werden.

→ Im Rahmen der vertiefenden artenschutzrechtlichen Prüfung ist eine Bestandserfassung für die Artengruppe der Vögel durchzuführen.

## 5.2 Arten der FFH-Richtlinie Anhang IV

In Baden-Württemberg kommen aktuell rund 76 der im Anhang IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL) aufgeführten Tier- und Pflanzenarten vor. Ein Vorkommen im Plangebiet kann für einige Artengruppen aufgrund fehlender Lebensräume ohne detaillierte Untersuchung ausgeschlossen werden, z. B. für die der Amphibien, Libellen, Käfer und Weichtiere sowie Fische. Für die übrigen Artengruppen gelten folgende Überlegungen:

### *Säugetiere*

Von den im Anhang IV aufgeführten Säugetierarten erscheint für das Plangebiet nur das Vorkommen von Fledermäusen und Haselmaus überhaupt möglich.

Im Rahmen der Begehung vom 20.01.2020 zeigte sich bei den Gehölzen aufgrund des eher geringen Alters und somit fehlenden Habitatstrukturen wie Rindenspalten, Höhlen und Morschungen ein sehr geringes bis fehlendes Potential als Tagesversteck.

Die Habitatfunktion im räumlichen Zusammenhang bleibt trotz des Verlusts weniger potentieller Tagesquartiere bestehen, da nach gutachterlicher Einschätzung in der direkten Umgebung ausreichend Strukturen vorhanden sind.

Für Haselmäuse ist dieser Gehölzbereich als Lebensraum zu kleinräumig und zu isoliert, da der Anschluss an größere Wälder oder Gehölzbestände fehlt.

→ Weitergehende Untersuchungen dieser Artengruppe sind nicht erforderlich.

### *Reptilien*

Ein Vorkommen von Reptilien ist aufgrund der eher schlecht geeigneten Habitate (dichtes Gehölz, fehlende Sonnenplätze, keine offenen Bodenstellen) nicht zu erwarten.

→ Weitergehende Untersuchungen dieser Artengruppe sind nicht erforderlich.

### *Schmetterlinge*

Die in Anhang IV der FFH-RL aufgeführten Arten besiedeln v. a. magere Feucht- oder Trockenstandorte außerhalb von Siedlungsgebieten. Aus diesem Grund kann ihr Vorkommen im Plangebiet mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

→ Weitergehende Untersuchungen dieser Artengruppe sind nicht erforderlich.

### *Pflanzen*

Es gibt keine Hinweise auf Vorkommen von Pflanzen des Anhang IV der FFH-Richtlinie im Plangebiet.

→ Weitergehende Untersuchungen dieser Artengruppe sind nicht erforderlich.

## 5.3 Ergebnis der Relevanzprüfung

### *Fazit*

Die Relevanzprüfung ergab nach der Beurteilung der vorhandenen Biotopstrukturen einen vertieften Untersuchungsbedarf für die Artengruppe der Vögel.

## 6. Vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung der Europäischen Vogelarten

### 6.1 Bestandserfassung

#### *Datengrundlage*

Im Jahr 2020 wurde in den Monaten März bis Juni eine Revierkartierung nach SUEDBECK et al. (2005) an fünf Terminen durchgeführt. Die Begehungen wurden bei geeignetem Wetter (kein Niederschlag, kein Wind oder Frost) ab der Morgendämmerung durchgeführt.

Tab. 1: Übersicht über die Erfassungstage Avifauna

Datum, Uhrzeit	Witterung
03.04.2020, 06:45	sonnig, 2°C
23.04.2020, 06:30	sonnig, 12,5°C
13.05.2020, 05:55	bewölkt, 7°C
05.06.2020, 05:45	stark bewölkt, 13°C
15.06.2020, 05:45	leicht bewölkt, 15°C

#### *Ergebnisse der Erfassung*

Insgesamt wurden 16 Vogelarten im Rahmen der Begehungen erfasst.

Darunter sind 6 Arten, die im Plangebiet brüten (Amsel, Buchfink, Blaumeise, Mönchsgrasmücke, Rabenkrähe, Wacholderdrossel), sowie 5 Arten, die in unmittelbarer Umgebung des Plangebiets brüten. Es konnten 5 Arten beobachtet werden, die das Plangebiet als Nahrungsfläche nutzen (siehe Tab. 2).

Da es sich bei den Brutvögeln im Plangebiet um Allerweltsarten handelt und davon auszugehen ist, dass im Umfeld noch ausreichend Brutmöglichkeiten zur Verfügung stehen, erfolgt für die Arten keine weitere Prüfung (siehe Kap. 2.2.2).

Unter den Brutvogelarten in der näheren Umgebung des Plangebiets zählen der Haussperling und die Mehlschwalbe zu den Arten der Vorwarnliste. Die Brutstätte des Haussperlings befindet sich außerhalb des Plangebiets an einem Gebäude in westlicher Richtung. Der Brutstandort der Mehlschwalbe konnte nicht ausgemacht werden, er befindet sich auch außerhalb des Plangebiets.



Tab. 2: Gesamtartenliste der im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Vogelarten

Status	Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Abk.	Rote Liste		Erhaltungszustand in BW / im Gebiet	Verant. BW für D	§
				BW	D			
BV	Amsel	<i>Turdus merula</i>	A	*		günstig	!	
BV	Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	B	*	*	günstig	!	
BV	Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	Bm	*	*	günstig	!	
NG	Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>	Gf	*	*	günstig	!	
BA	Haussperling	<i>Passer domesticus</i>	H	V	V	ungünstig	!	
BA	Kohlmeise	<i>Parus major</i>	K	*	*	günstig	!	
NG	Mehlschwalbe	<i>Delichon urbicum</i>	M	V	3	ungünstig	[!]	
BV	Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	Mg	*	*	günstig	!	
BV	Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	Rk	*	*	günstig	!	
BA	Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	Rt	*	*	günstig	-	
BA	Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>	R	*	*	günstig	!	
NG	Stieglitz	<i>Carduelis carduelis</i>	Sti	*	*	günstig	!	
BV	Wacholderdrossel	<i>Turdus pilaris</i>	Wd	*	*	günstig	!	
NG	Waldohreule	<i>Asio otus</i>	Wo	*	*	günstig	[!]	c
NG	Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>	Z	*	*	günstig	-	
BA	Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	Zi	*	*	günstig	!	

#### Status

BV Brutvogel im Plangebiet

BA Brutvogel im engeren Umfeld des Verfahrensgebietes

NG Nahrungsgast im Verfahrensgebiet, in der weiteren Umgebung B

#### Sonstige Erläuterungen

Abk. Abkürzung Artname (DDA-Schlüssel)

Rote Liste – Gefährdungsstatus in Baden-Württemberg (BW, 2016) / in Deutschland (D, 2016)

1 vom Aussterben bedroht, 2 stark gefährdet, 3 gefährdet, V Vorwarnliste, \* ungefährdet, ♦ nicht bewertet

Verant. BW für D: Verantwortung Baden-Württembergs für die Art in Deutschland

!!! extrem hohe Verantwortlichkeit (>50 %), !! sehr hohe Verantwortlichkeit (20–50 %), ! hohe Verantwortlichkeit (10–20 %), [!] Art, die in Baden-Württemberg früher einen national bedeutenden Anteil aufwies, diesen aber inzwischen durch Bestandsverluste in Baden-Württemberg oder durch Bestandsstagnation und gleichzeitige Zunahme in anderen Bundesländern verloren hat.

§ Schutzstatus

a EU-VS-RL Anh. I, b Art. 4(2) EU-VS-RL, c streng geschützt nach BArtSchVO

## 6.2 Prüfung der Verbotstatbestände

### Gebäudebrüter (Haussperling, Mehlschwalbe)

#### *Kurzdarstellung der betroffenen Arten*

Haussperlinge sind Höhlenbrüter und brüten vorwiegend in menschlichen Siedlungen. Eine ganzjährige Verfügbarkeit von Sämereien und Getreideprodukten, Nischen und Höhlen an Gebäuden sind die Voraussetzungen für Bruthabitate. Wichtige Habitatelemente sind außerdem offene Bodenstellen und Sandflächen zum Sandbaden und Wasserstellen. Die Art ernährt sich hauptsächlich von Sämereien, die Jungen werden mit Insekten gefüttert. Während die Nistmöglichkeiten häufig an Gebäuden befinden, müssen zur Nahrungsausnahme und Deckung im Umfeld Gärten, Grasland, Feld, Gebüsch oder Bäume vorhanden sein.

Der Haussperling ist in ganz Deutschland verbreitet, aber steht durch eine negative Bestandsentwicklung auf der Vorwarnliste der Roten Liste. Ebenso verhält es sich in Baden-Württemberg, eine negative Bestandsentwicklung wird beobachtet. Hier gibt es schätzungsweise 400.000 – 600.000 Brutpaare (Bauer et al. 2016).

Die Mehlschwalbe nistet an Gebäuden in menschlichen Siedlungen. Die Nahrungssuche erfolgt über Gewässern und offener Landschaft, auch in größerer Entfernung vom Niststandort. Dabei jagt die Mehlschwalbe in der Luft nach Insekten. Im Winter ziehen Mehlschwalben nach Afrika und kehren ab Ende März an die Brutplätze zurück.

Der Haussperling brütet in Gebäudenischen am Wohngebäude im Westen außerhalb des Plangebiets und nutzt das Plangebiet zur Nahrungssuche. Die Mehlschwalbe brütet außerhalb des Plangebiets in der weiteren Umgebung. Es ist davon auszugehen, dass die Haussperlinge und die Mehlschwalben in der näheren Umgebung ausreichend Nahrungsquellen finden, da weitere Gehölze, Gärten und Bäume in der Wohnsiedlung vorhanden sind.

#### *Artrelevante Vermeidungsmaßnahme*

Keine

#### *Tötungs- / Verletzungsverbot § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG*

Eine Tötung oder Verletzung von Individuen kann ausgeschlossen werden, da die Gebäude mit den Nistplätzen außerhalb des Plangebiets bestehen bleiben.

#### *Störungsverbot § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG*

Es ist nicht davon auszugehen, dass durch das Vorhaben Störungen entstehen, die zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population führen. Es handelt sich bei Mehlschwalbe und Haussperling um recht störungsunempfindliche Arten, die sich als Kulturfolger in der Nähe menschlicher Siedlungen aufhalten und gewisse Störungsreize (Lärm, menschliche Anwesenheit) daher gewohnt sind.

#### *Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG*

Die Fortpflanzungs- und Ruhestätten an den Gebäuden außerhalb des Plangebiets bleiben erhalten. Ein Eintreten des Verbotstatbestandes kann somit mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

*Fazit*

Das Eintreten von Verbotstatbeständen kann mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

## **7. Vermeidungs- / Minimierungsmaßnahmen**

Bäume und Sträucher dürfen nicht in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abgeschnitten, auf den Stock gesetzt oder beseitigt werden.

## **8. Zusammenfassung**

Durch die 6. Änderung des Bebauungsplans „Stiegele“ wird eine Grünfläche im Nordwesten von Mahlberg überplant.

Für die Behandlung des Themas Artenschutz ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung notwendig.

Die Relevanzprüfung ergab, dass eine genauere Untersuchung der europäischen Vogelarten notwendig wird. Weitere Artengruppen wurden aufgrund fehlender Habitatstrukturen ausgeschlossen.

Die Revierkartierung der Brutvögel im April bis Juni 2020 ergab, dass durch das Bauvorhaben keine planungsrelevanten Arten betroffen sind. Die Brutstätten von Haussperling und Mehlschwalbe befinden sich außerhalb des Plangebiets. Das Eintreten von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen kann mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

Folgende allgemein geltende Maßnahme ist zu beachten:

Bäume und Sträucher dürfen nicht in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abgeschnitten, auf den Stock gesetzt, oder beseitigt werden.

## 9. Quellenverzeichnis

BAUER, H.-G., BOSCHERT, M., FÖRSCHLER M., HÖLZINGER, J., KRAMER, M. & MAHLER, U. (2016): Rote Liste und kommentiertes Verzeichnis der Brutvogelarten Baden-Württembergs. Naturschutz-Praxis, Artenschutz 11.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (2005): Verordnung zum Schutz wild lebender Tier und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung – BArtSchV) vom 16 Februar 2015 (BGBl. I S. 258, 896), in Kraft getreten am 25.02.2005, zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (2009): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege - Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434)

GRÜNEBERG, C., BAUER, H.-G., HAUPT, H., HÜPPOP, O., RYSLAVY, T. & SÜDBECK, P. (2016): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 5. Fassung, 30. November 2015. Berichte zum Vogelschutz 52, S. 19-67.

LAMBRECHT, H. & TRAUTNER, J. (2007): Fachinformationssystem und Fachkonventionen zur Bestimmung der Erheblichkeit im Rahmen der FFH-VP – Endbericht zum Teil Fachkonventionen, Schlussstand Juni 2007. FuE-Vorhaben im Rahmen des Umweltforschungsplanes des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz. FKZ 804 82 004.

LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT NATURSCHUTZ (LANA) (2009): Hinweise zu zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes.

LAUFER, H (2014): Praxisorientierte Umsetzung des strengen Artenschutzes am Beispiel von Zaun- und Mauereidechsen. Naturschutz und Landschaftspflege Baden-Württemberg 77, S. 93-142.

LUBW LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2008): FFH-Arten in Baden-Württemberg, Liste der in Baden-Württemberg vorkommenden Arten der Anhänge II, IV und V

LUBW LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2009): Informationssystem Zielartenkonzept Baden Württemberg

LUBW LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2010): Geschützte Arten, Liste der in Baden-Württemberg vorkommenden besonders und streng geschützten Arten.

LUBW LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2013): FFH-Arten in Baden-Württemberg, Erhaltungszustand 2013 der Arten in Baden-Württemberg.

RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (1979): Richtlinie des Rates 79/409/EWG vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. EG Nr. L 103/1 vom 25.4.1979) zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20.11.2006 (ABl. EG Nr. L 363, Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie).

RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (1992): Richtlinie des Rates 92/43/EWG vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206/7 vom 22.7.1992) zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20.11.2006 (ABl. EG Nr. L 363, Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie).



## Anhang

### Begriffsbestimmungen

<i>Europäisch geschützte Arten</i>	Zu den europäisch geschützten Arten gehören alle heimischen europäischen Vogelarten sowie alle Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie. Für die nachfolgende Beurteilung sind demnach alle europäischen Vogelarten sowie (potenzielle) Vorkommen der Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie zu beachten. Diese sind einer Auflistung der LUBW (2008) entnommen.
<i>Erhebliche Störung</i>	<p>Eine Störung liegt nach LAUFER (2014) vor, wenn Tiere aufgrund einer unmittelbaren Handlung ein unnatürliches Verhalten zeigen oder aufgrund von Beunruhigungen oder Scheuchwirkungen, z. B. infolge von Bewegungen, Licht, Wärme, Erschütterungen, häufige Anwesenheit von Menschen, Tieren oder Baumaschinen, Umsiedeln von Tieren, Einbringen von Individuen in eine fremde Population oder aber auch durch Zerschneidungs-, Trenn- und Barrierewirkungen.</p> <p>Eine <u>erhebliche</u> Störung (und somit der Verbotstatbestand) liegt aber gem. §44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG nur dann vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert.</p>
<i>Fortpflanzungsstätte</i>	Alle Orte im Gesamtlebensraum eines Tieres, die im Verlauf des Fortpflanzungsgeschehens benötigt werden. Fortpflanzungsstätten sind z. B. Balzplätze, Paarungsgebiete, Neststandorte, Brutplätze oder -kolonien, Wurfbaue oder -plätze, Eiablage-, Verpuppungs- und Schlupfplätze oder Areale, die von Larven oder Jungen genutzt werden.
<i>Ruhestätte</i>	Alle Orte, die ein Tier regelmäßig zum Ruhen oder Schlafen aufsucht oder an die es sich zu Zeiten längerer Inaktivität zurückzieht. Als Ruhestätten gelten, z. B. Schlaf-, Mauser- und Rastplätze, Sonnenplätze, Schlafbaue oder -nester, Verstecke und Schutzbauten sowie Sommer- und Winterquartiere.
<i>Lokale Population</i>	<p>Nach den Hinweisen der LANA (2009) ist eine lokale Population definiert als Gruppe von Individuen einer Art, die eine Fortpflanzungs- oder Überdauerungsgemeinschaft bilden und einen zusammenhängenden Lebensraum gemeinsam bewohnen. Im Allgemeinen sind Fortpflanzungsinteraktionen oder andere Verhaltensbeziehungen zwischen diesen Individuen häufiger als zwischen ihnen und Mitgliedern anderer lokaler Populationen derselben Art.</p> <p>Hinsichtlich der Abgrenzung von lokalen Populationen wird auf die Hinweise der LANA (2009) verwiesen, in welchen lokale Populationen „anhand pragmatischer Kriterien als lokale Bestände in einem störungsrelevanten Zusammenhang“ definiert sind. Dies ist für Arten mit klar umgrenzten, kleinräumigen Aktionsräumen praktikabel. Für Arten mit einer flächigen Verbreitung, z. B. Feldlerche, sowie bei revierbildenden Arten mit großen Aktionsräumen, z. B. Rotmilan, ist eine Abgrenzung der lokalen Population mitunter nicht möglich.</p> <p>Daher wird vom MLR (2009) empfohlen, als Abgrenzungskriterium für die Betrachtung lokaler Populationen solcher Arten auf die Naturräume 4. Ordnung abzustellen. Wenn ein Vorhaben auf zwei (oder mehrere) benachbarte Naturräume 4. Ordnung einwirken kann,</p>

sollten beide (alle) betroffenen Naturräume 4. Ordnung als Bezugsraum für die "lokale Population" der beeinträchtigten Art betrachtet werden.

*Bewertung des  
Erhaltungszustandes*

Europäische Vogelarten

Das MLR (2009) empfiehlt zur Beurteilung des Erhaltungszustands auf die Rote Liste und kommentiertes Verzeichnis der Brutvogelarten in Baden-Württemberg (Bauer et al. 2016) zurückzugreifen, solange keine offizielle Einstufung des Erhaltungszustandes vorliegt. Bei einer Einstufung in einer RL-Gefährdungskategorie zwischen 0 und 3 sowie bei Arten der Vorwarnliste ist von einem ungünstigen Erhaltungszustand auszugehen. Sonstige Vogelarten sind bis zum Vorliegen gegenteiliger Erkenntnisse als „günstig“ einzustufen.“ Dieser Empfehlung wird gefolgt.

Arten des Anhang IV FFH-Richtlinie

Die Informationen über die aktuellen Erhaltungszustände der Arten des Anhang IV der FFH-RL in Baden-Württemberg sind der LUBW-Aufstellung aus dem Jahre 2013 entnommen.

## Fotodokumentation



Abb. 2: Südostseite des Plangebiets. Links ist der Bereich mit Brombeeren und Brennnesseln zu sehen, am rechten Bildrand befindet sich das geschützte Biotop.



Abb. 3: Südwestrand des Plangebiets mit Zierrasen und Hochstauden sowie Gehölzen.





*Abb. 4: Nordwestrand des Plangebiets mit Ligusterhecke und größeren Einzelbäumen.*



*Abb. 5: Sträucher und Brombeergestrüpp im Plangebiet.*





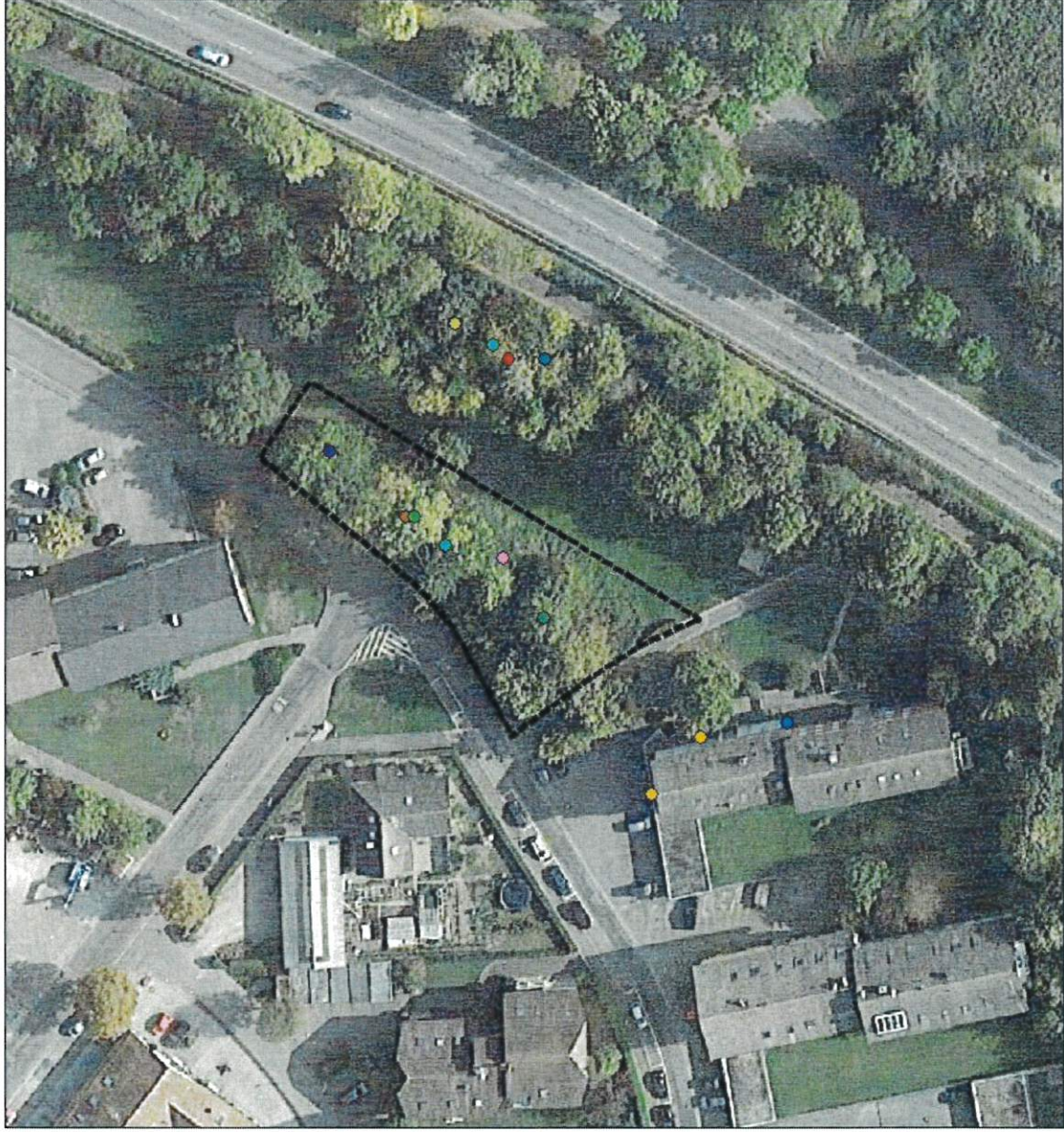
Abb. 6: Tauben- oder Krähenest im Plangebiet.



Abb. 7: Nordrand des Plangebiets entlang der Straße.



## Kartendarstellung Brutvogelkartierung



Brutvögel im Plangebiet bzw. außerhalb des Plangebiets	
Brutvögel Revierzentren	
● Rotkehlchen	● Amsel
● Blaumeise	● Buchfink
● Haussperling	● Kohlmeise
● Mönchsgrasmücke	● Rabenkrähe
● Ringeltaube	● Wacholderdrossel
● Zilpzalp	■ Plangebiet

<p><b>faktorgrün</b></p> <p>79100 Freiburg, Tel. 0761 - 707 647 0  79629 Rottweil, Tel. 0741 - 157 05  69115 Heidelberg, Tel. 06221 - 936 410  Landesfachverfahren 1016  Betreiber: Ingenieure</p>	
Projekt	gop756 Mahlb. Stiegele
Planbez.	Brutvogelkarte
Maßstab	1:800
Bearbeiter	JH
Datum	29.09.2020

---

Gemeinde Mahlberg

---

## **Bebauungsplan „Stiegele“**

---

### **Umweltbeitrag mit grünordnerischen Festsetzungen**

---

Freiburg, den 25.02.2021

Offenlage



---

Gemeinde Mahlberg, Bebauungsplan „Stiegele“, Umweltbeitrag, Offenlage

---

Projektleitung:  
M.Sc. Biodiversität und Ökologie Anja Ullmann

---

faktorgruen  
79100 Freiburg  
Merzhauser Straße 110  
Tel. 07 61 / 70 76 47 0  
Fax 07 61 / 70 76 47 50  
[freiburg@faktorgruen.de](mailto:freiburg@faktorgruen.de)

---

79100 Freiburg  
78628 Rottweil  
69115 Heidelberg  
70565 Stuttgart  
[www.faktorgruen.de](http://www.faktorgruen.de)

---

Landschaftsarchitekten bdla  
Beratende Ingenieure  
Partnerschaftsgesellschaft mbB  
Pfaff, Schütze, Schedlbauer, Moosmann, Rötzer, Glaser



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Allgemeines .....</b>	<b>1</b>
1.1 Vorhabenbeschreibung .....	1
1.2 Rechtliche Vorgaben und methodisches Vorgehen .....	1
1.3 Geschützte Bereiche.....	2
1.4 Übergeordnete und kommunale Planungen .....	3
1.5 Datenbasis .....	4
<b>2. Wirkfaktoren des Planungsvorhabens .....</b>	<b>4</b>
<b>3. Prüfung der UPV-Pflicht.....</b>	<b>5</b>
<b>4. Prüfung der Natura2000-Betroffenheit.....</b>	<b>5</b>
<b>5. Prüfung der Betrachtung von schweren Unfälle.....</b>	<b>5</b>
<b>6. Derzeitiger Umweltzustand und Prognose der Auswirkungen der Planung .....</b>	<b>6</b>
<b>7. Vorschläge für grünordnerische Festsetzungen .....</b>	<b>12</b>
<b>8. Zusammenfassung .....</b>	<b>13</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lage des Plangebietes. Die rote Umrandung stellt das Plangebiet dar. Die pinke flächige Markierung rechts zeigt geschützte Biotop. ....	1
Abb. 2: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Achern (Auszug); Quelle Geoportal Raumordnung Baden-Württemberg 02.03.2018, verändert von Zink Ingenieure). Die Lage des Plangebiets ist rot markiert. ....	3
Abb. 3: Lage der Biotopverbundflächen (grün markiert). Die Lage des Plangebiets ist rot markiert. ....	4

## Anlagen

- Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung



## 1. Allgemeines

### 1.1 Vorhabenbeschreibung

Angaben zum  
Bebauungsplan

Die Stadt Mahlberg plant die 6. Änderung des Bebauungsplans „Stiegele“. Das Plangebiet hat insgesamt eine Größe von 998 m<sup>2</sup> und beinhaltet die Flurstücke Nr. 2330, 2331 und 2332.

Das Plangebiet wird als Allgemeines Wohngebiet (WA) ausgewiesen. Bei dem Verfahren handelt es sich um ein beschleunigtes, einstufiges Verfahren nach § 13 b BauGB.

Lage des Plangebiets

Das Plangebiet grenzt im Nordwesten und Westen an bereits bestehende Wohngebiete. Direkt nordöstlich befindet sich ein Spielplatz und östlich schließt sich eine Rasenfläche und in ca. 15 m Entfernung eine gesetzlich geschützte Feldhecke an. Jenseits der Feldhecke verläuft die B 3.



Abb. 1: Lage des Plangebietes. Die rote Umrandung stellt das Plangebiet dar. Die pinke flächige Markierung rechts zeigt geschütztes Biotop.

### 1.2 Rechtliche Vorgaben und methodisches Vorgehen

Bebauungsplan zur  
Einbeziehung von  
Außenbereichsflächen in  
das beschleunigte Verfahren  
nach § 13b BauGB -  
Voraussetzungen

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB (Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren) aufgestellt. § 13b BauGB erlaubt die Anwendung von § 13a BauGB, wenn die zulässige / festgesetzte Grundfläche des Bebauungsplans weniger als 10.000 m<sup>2</sup> umfasst, sich der Bebauungsplan an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließt und durch ihn die Zulässigkeit von Wohnnutzung begründet wird (vgl. Kap. 1.1).

Weitere Voraussetzungen für die Anwendung des beschleunigten Verfahrens sind gem. § 13a BauGB:

- Der Bebauungsplan begründet keine Zulässigkeit von Vorhaben, die der UVP-Pflicht unterliegen.
- Es bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von Natura2000-Gebieten.
- Es bestehen keine Anhaltspunkte, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen zu beachten sind.

*Belange des  
Umweltschutzes*

Es finden die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 3 S. 1 BauGB Anwendung, wonach von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, vom Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 S. 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen wird. Zudem ist § 4c BauGB (Überwachung) nicht anzuwenden.

Dennoch sind gem. den §§ 1 Abs. 6 Nr. 7 und 1a BauGB in jedem Bebauungsplanverfahren die Umweltbelange sowie die Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Eingriffen zu berücksichtigen. Dies erfolgt durch den vorliegenden „Umweltbeitrag“.

*Eingriffsregelung*

Ein Ausgleich für die geplanten Eingriffe ist nicht erforderlich, da gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB bei Einhaltung der zulässigen Grundfläche die Eingriffe als im Sinne des § 1a Abs. 3 S. 6 BauGB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig gelten. Daher wird keine Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung erstellt.

*Artenschutzrecht*

Ziel des besonderen Artenschutzes sind die nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG besonders und streng geschützten Arten (wobei die streng geschützten Arten eine Teilmenge der besonders geschützten Arten darstellen). Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG gelten für die besonders und streng geschützten Arten bestimmte Zugriffs- und Störungsverbote.

Bei nach den Vorschriften des BauGB zulässigen Eingriffen gelten diese Verbote jedoch nur für nach europäischem Recht geschützte Arten (alle Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie sowie alle europäischen Vogelarten).

Für eine detaillierte Darstellung der artenschutzrechtlichen Vorgaben wird auf den separaten Erläuterungsbericht der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung verwiesen.

## 1.3 Geschützte Bereiche

*Natura 2000  
(§ 31 ff BNatSchG)*

Nicht betroffen; das nächste FFH-Gebiet („Schwarzwald-Westrand von Herbolzheim bis Hohberg“, Schutzgebiets-Nr. 7713341) befindet sich in rund 1 km Entfernung, das nächste Vogelschutzgebiet („Rheinniederung Sasbach-Wittenweiler“, Schutzgebiets-Nr. 7712401) liegt rund 6,3 km entfernt.

Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG)	Nicht betroffen.
Nationalpark (§ 24 BNatSchG)	Nicht betroffen.
Biosphärenreservate (§ 25 BNatSchG)	Nicht betroffen.
Landschaftsschutzgebiete (§ 26 BNatSchG)	Nicht betroffen.
Naturpark (§ 27 BNatSchG)	Nicht betroffen.
Naturdenkmäler (§ 28 BNatSchG)	Nicht betroffen.
Geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG)	Rund 15 m östlich des Plangebiets befindet sich eine Feldhecke („Feldgehölz an der B 3 SW Kippenheim, Biotop-Nr. 177123175044). In die Feldhecke wird nicht eingegriffen.

## 1.4 Übergeordnete und kommunale Planungen

### Flächennutzungsplan

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan (FNP) stellt das Plangebiet als Wohnbaufläche dar (siehe Abb. 2).

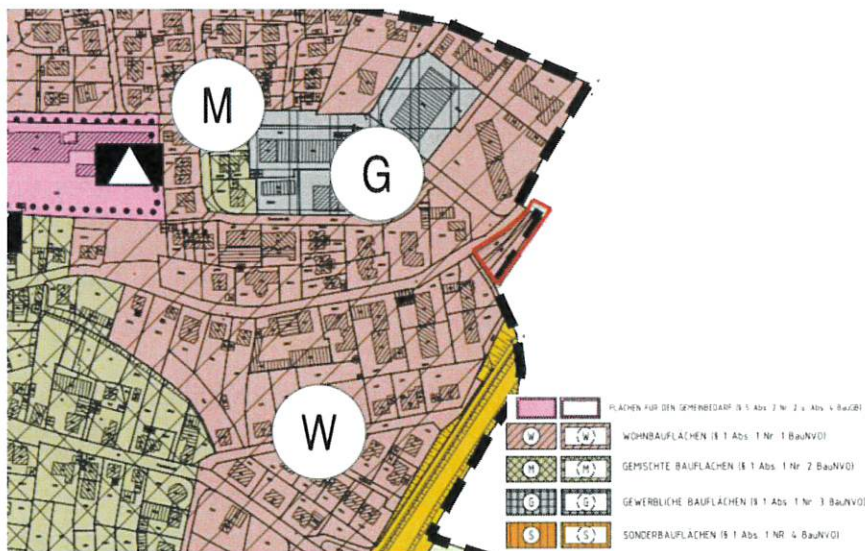


Abb. 2: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Achern (Auszug); Quelle Geoportal Raumordnung Baden-Württemberg 02.03.2018, verändert von Zink Ingenieure). Die Lage des Plangebiets ist rot markiert.

### Bestehende Bebauungspläne

Es sind keine bestehenden Bebauungspläne vorhanden.

### Biotopverbund

In ca. 80 m Entfernung liegt eine Fläche für den Biotopverbund mittlerer Standorte. Diese bleibt von der Planung unberührt.





Abb. 3: Lage der Biotopverbundflächen (grün markiert). Die Lage des Plangebiets ist rot markiert.

## 1.5 Datenbasis

### Verwendete Daten

- Ortsbegehungen durch faktorgruen (20.01.2020)
- Kartendienst der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW)  
<https://udo.lubw.baden-wuerttemberg.de/public/>
- Kartendienst der Landesanstalt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB)  
<http://maps.lgrb-bw.de/>
- Kartendienst des Geoportals Raumordnung Baden-Württemberg  
<https://geoportal-raumordnung-bw.de/kartenviewer>
- Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung; Arbeitshilfe der LUBW, Stand Dezember 2012

## 2. Wirkfaktoren des Planungsvorhabens

### *Baubedingt*

- Temporäre Inanspruchnahme von Lebensraum für Tiere und Pflanzen
- Abgrabung, Umlagerung und Aufschüttung von Boden
- Gehölzrodungen
- Emissionen durch Baumaschinen (Lärm, Abgase, Staub)
- Störungen durch menschliche Anwesenheit

### *Anlagenbedingt*

- Dauerhafter Verlust aller natürlichen Bodenfunktionen durch Versiegelung
- Dauerhafter Verlust von Lebensraum für Tiere und Pflanzen
- Dauerhafte Beeinträchtigung durch Licht und menschliche Anwesenheit

### *Betriebsbedingt*

Es ist mit den üblichen Emissionen eines Wohngebietes zu rechnen.

## 3. Prüfung der UPV-Pflicht

Der vorliegende Bebauungsplan begründet die Zulässigkeit des Neubaus einer Wohnbebauung. Dieses Vorhaben unterliegt keiner UVP-Pflicht, da die für den Vorhabentyp in Anlage 1 Ziffer 18.7 UVPG genannten Schwellenwerte nicht erreicht werden. Diese Voraussetzung zur Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13a BauGB ist somit erfüllt (vgl. Kap. 1.2).

## 4. Prüfung der Natura2000-Betroffenheit

Aufgrund der Entfernung des Plangebiets zu den nächstgelegenen Natura 2000-Gebieten (vgl. Kap. 1.3) können Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des Schutzgebiets durch das geplante Vorhaben mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Diese Voraussetzung zur Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13a BauGB ist somit erfüllt (vgl. Kap. 1.2).

## 5. Prüfung der Betrachtung von schweren Unfälle

Der vorliegende Bebauungsplan begründet die Zulässigkeit einer Wohnbebauung (vgl. Kap. 1.1). Bei dieser Nutzung ist mit keinem Auftreten von schweren Unfällen zu rechnen, die zu Pflichten hinsichtlich der Vermeidung oder der Begrenzung von Auswirkungen führen würden. Diese Voraussetzung zur Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13a BauGB ist somit erfüllt (vgl. Kap. 1.2).



## 6. Derzeitiger Umweltzustand und Prognose der Auswirkungen der Planung

**Schutzgut /  
Prüfaspekte**

Derzeitiger Zustand

Prognose der Auswirkungen und mögliche Vermeidungsmaßnahmen

### Fläche

Flächenbilanz

Derzeit ist das Plangebiet unversiegelt und mit Bäumen, Sträuchern und Zierrassen bestanden.

Der überwiegende Teil der Fläche wird durch die Bebauung versiegelt.

### Boden

Bodentypen

Keine Änderungen.

Nach der digitalen Bodenkarte BK50 ist der Boden im Plangebiet als „Siedlungsboden“ einzustufen. Die angrenzenden Flächen weisen den Bodentyp „Kolluvium aus lössreichen holozänen Abschwemmungen“ und „Pararendzina aus würmzeitlichen Löss“ auf.

Funktionsbewertung

Eine exakte Funktionsbewertung durch die BK50 liegt nicht vor. Gemäß der LUBW Arbeitshilfe „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“ werden in solchen Fällen die Funktionen der nicht versiegelten Böden pauschal mit „1“ eingestuft. Diese Einstufung der Arbeitshilfe ist hier fragwürdig, da es sich offensichtlich um ungestörte Grünflächen handelt. Wahrscheinlich zutreffender ist hier die Einstufung als „Kolluvium aus lössreichen holozänen Abschwemmungen“. Die Bodenfunktionen dieses Bodentyps werden laut BK 50 mit durchschnittlich 3,5 und die des Pararendzina mit 2,83 eingestuft.

In den Bereichen, die versiegelt werden gehen alle Bodenfunktionen vollständig und dauerhaft verloren. Durch folgende grünordnerische Maßnahmen kann der Eingriff minimiert werden:

Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen:

- Wasserdurchlässige Befestigung von Stellplätzen, Zufahrten, Wege- und Platzflächen
- Begrünung von nicht überbauten Grundstücksbereichen als Gartenfläche
- Extensive Begrünung von Flachdächern

Schutzgut / Prüfaspekte	Derzeitiger Zustand	Prognose der Auswirkungen und mögliche Vermeidungsmaßnahmen
Versiegelungsgrad	Bisher ist die Fläche unversiegelt.	Nach der Umsetzung erhöht sich der Versiegelungsgrad (Gebäude, Zuwegung, Stellplätze o.Ä.).
Altlasten	Es sind keine Altlasten bekannt.	Keine Auswirkungen.
		<u>Fazit:</u> Durch den Eingriff kommt es zu <b>erheblichen Beeinträchtigungen</b> für das Schutzgut Boden. Die Eingriffe können durch grünordnerische Maßnahmen minimiert werden. Die verbleibenden Beeinträchtigungen sind nicht erheblich.
<b>Wasser</b>		
Grundwasser	<p>Im Plangebiet befindet sich Oberer Buntsandstein als Grundwasserleiter/-Geringleiter. Es handelt sich hierbei um Festgestein mit einer mäßigen Durchlässigkeit. Der vorhandene Bodentyp hat ebenfalls eine mittlere Wasserdurchlässigkeit. Aktuell kann Niederschlagswasser aufgrund der fehlenden Versiegelung vor Ort versickern.</p>	<p>Bei Umsetzung der Planung kommt es durch die geplante Versiegelung auf den Flächen zu einer Verschlechterung im Vergleich zum Ist-Zustand. Es kann künftig weniger Niederschlagswasser vor Ort versickern.</p> <p><u>Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wasserdurchlässige Befestigung von Stellplätzen, Zufahrten, Wege- und Platzflächen</li> <li>• Extensive Begrünung von Flachdächern</li> </ul>
Oberflächengewässer	<p>Im Plangebiet sind keine Oberflächengewässer vorhanden.</p>	Keine Auswirkung.
Hochwasser / Überflutungsflächen	<p>Das Plangebiet liegt außerhalb von Hochwasser- / Überflutungsflächen.</p>	Keine Auswirkung.
Quell- / Wasserschutzgebiete	<p>Das Plangebiet liegt in keinem Quell- / Wasserschutzgebiet. Östlich der B 3 liegt das WSG „Kippenheim Schambachtal“, dies wird durch die Planung jedoch nicht beeinträchtigt.</p>	Keine Auswirkung.

## Schutzgut / Prüfaspekte

### Derzeitiger Zustand

### Prognose der Auswirkungen und mögliche Vermeidungsmaßnahmen

Fazit: Es kommt zu **keinen erheblichen Beeinträchtigungen** für das Schutzgut Wasser.

## Klima / Luft

### Lokalklima

Das Lokalklima ist aufgrund des hohen Versiegelungsgrades um das Plangebiet herum bereits geringfügig vorbelastet. Das Plangebiet selbst sorgt mit den dortigen Gehölzen und der unversiegelten Fläche für Frischluft und durch Verdunstung für eine gewisse Kühlung.

Es sind **keine erheblichen Beeinträchtigungen** für das Schutzgut Lokalklima zu erwarten.

### Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen:

- Wasserdurchlässige Befestigung von Stellplätzen, Zufahrten, Wege- und Platzflächen
- Neupflanzung von Laubbäumen und einer Hecke auf den Baugrundstücken
- Extensive Begrünung von Flachdächern
- Begrünung von nicht überbauten Grundstücksbereichen als Gartenfläche

### Kaltluftentstehung / -abfluss

Das Plangebiet stellt in geringem Umfang eine Fläche zur Kaltluftproduktion dar.

Durch die geplante Versiegelung steht die Fläche künftig nicht mehr zur Kaltluftproduktion zur Verfügung. Es kommt zu geringfügigen Beeinträchtigungen, die jedoch **nicht erheblich** sind.

### Lufthygiene/ Immissionen / Emissionen

In Bezug auf die Lufthygiene sowie Immissionen/Emissionen weist das Plangebiet durch die angrenzende Wohnbebauung (An- und Abfahrtsverkehr) sowie die nahegelegene B 3 (Lärm, Abgase) bereits eine gewisse Vorbelastung auf.

Der zusätzliche Verkehr beläuft sich auf den An- und Abfahrtsverkehr der künftigen Bewohner. Es ist zu erwarten, dass der PKW-Verkehr im Plangebiet künftig daher geringfügig ansteigt. Die Auswirkungen verbleiben jedoch **unterhalb der Erheblichkeitsschwelle**.

Fazit: Es kommt zu **keinen erheblichen Beeinträchtigungen** für das Schutzgut Klima.

## Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

### Biototypen / -strukturen

Der größte Teil des Plangebiets wird von einem Gebüsch mittlerer Standorte (Biototyp Nr. 42.20) und Zierrasen (Biototyp Nr. 30.80) eingenommen. Am Rande des Plangebietes befindet sich ein einzelner Feldahorn.

Die vorhandenen Biototypen und -strukturen werden im vollen Umfang durch das Vorhaben überplant und somit dauerhaft zerstört. Durch die Rodung der Gehölze und die daraus resultierende Zerstörung der Biotopstrukturen entstehen Beeinträchtigungen des Schutzguts.

### Geschützte Pflanzen

Geschützte Pflanzen kommen im Plangebiet nicht vor.

Nicht betroffen.

### Habitatpotenzial

Es liegen folgende artenschutzrechtlich relevante Strukturen im Plangebiet vor: verschiedene Gehölze / Bäume, Gebüsch und Zierrasen.

Nach Umsetzung der Planung sind die im Gebiet aktuell vorhandenen Habitatstrukturen zerstört. Durch grünordnerische Maßnahmen wird sichergestellt, dass ein Mindestmaß an Habitatstrukturen wiederhergestellt wird.

### Maßnahmen:

- Neupflanzung von Laubbäumen und einer Hecke auf den Baugrundstücken
- Extensive Begrünung von Flachdächern
- Begrünung von nicht überbauten Grundstücksbereichen als Gartenfläche
- Nebenflächen wie Mülltonnenplätze, Abfallplätze und Lagerplätze werden gegenüber dem Straßenraum abgeschrägt und begrünt

Fazit: Es kommt zu **erheblichen Beeinträchtigungen** für das Schutzgut Tiere und Pflanzen. Grünordnerische Maßnahmen sorgen für eine Mindestmenge an Durchgrünung im Plangebiet. Die verbleibenden Beeinträchtigungen sind nicht erheblich.

## Schutzgut / Prüfaspekte

Derzeitiger Zustand

Prognose der Auswirkungen und mögliche Vermeidungsmaßnahmen

## Landschaftsbild und Erholungswert

### Landschaftsbildqualität

Das Landschaftsbild ist durch die Ortslage (Wohnbebauung, Spielplatz) geprägt.

Die Bebauung im Plangebiet orientiert sich in ihrer Höhe an den Umgebungsgebäuden und wird sich somit in die bestehende Bebauung einfügen.

Insgesamt weist das Landschaftsbild in diesem Bereich eine sehr geringe Qualität auf.

### Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen:

- Begrünung von nicht überbauten Grundstücksbereichen als Gartenfläche
- Nebenflächen wie Mülltonnenplätze, Abfallplätze und Lagerplätze werden gegenüber dem Straßenraum abgeschrmt und begrünt

### Erholungseignung / -nutzung

Eine Erholungseignung weist das Plangebiet nicht auf. Nördlich außerhalb sich ein Spielplatz an, der eine gewisse Erholungsfunktion hat.

Keine Beeinträchtigungen.

### Vorbelastung

Keine Beeinträchtigungen.

## Mensch

### Lärmimmissionen / -emissionen

Das Plangebiet ist bereits durch die vorhandene Bebauung in der direkten Umgebung und die dementsprechende Nutzung vorbelastet. Dabei handelt es sich um Lärmquellen, welche durch Wohnraumnutzung, den Spielplatz und v.a. durch den Verkehr auf der B3 entstehen.

Zukünftig wird das Plangebiet als Wohngebiet genutzt. Es ist somit mit geringen Lärmemissionen im Plangebiet und dem Einwirken von vorhandenen Lärmimmissionen zu rechnen.

Es ergeben sich **keine erheblichen Beeinträchtigungen**.

Fazit: Es ergeben sich **keine erheblichen Beeinträchtigungen** des Schutzguts Landschaftsbild und Erholung.



<b>Schutzgut / Prüfaspekte</b>	<b>Derzeitiger Zustand</b>	<b>Prognose der Auswirkungen und mögliche Vermeidungsmaßnahmen</b>
<b>Luftschadstoffimmissionen / -emissionen</b>	Es besteht eine Vorbelastung durch die umgebenden Nutzungen.	Im Plangebiet werden sich die Luftschadstoffe durch den Verkehr der Bewohner minimal erhöhen, es entstehen unerhebliche Beeinträchtigungen.
<b>Geruchsimmisionen / -emissionen</b>	Keine Vorbelastungen.	Keine Beeinträchtigungen
<b>Kultur- und Sachgüter</b>		
<b>Archäologische Fundstellen</b>	Nicht bekannt.	Nicht betroffen.
<b>Baudenkmale</b>	Nicht bekannt.	Nicht betroffen.
<b>Geschützte Bereiche</b>	Nicht vorhanden.	Nicht betroffen.
<b>Abwasser und Abfall</b>		
	Abwässer- und Schmutzwässer, sowie Abfälle fallen momentan nicht an.	Die Entsorgung der entstehenden Abfälle sowie Schmutz- und Abwässer erfolgt künftig über das öffentliche System. Ein Entwässerungskonzept wird im Zuge des Bauantrags vorgelegt.
<b>Erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung</b>		
	Aktuell werden keine erneuerbaren Energien im Plangebiet gewonnen.	Ein Konzept zur Energie- und Wärmegegewinnung wird möglicherweise zum Bauantrag vorgelegt.
<b>Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern</b>		
	Vorhabenbedingte Wirkungen, die zu Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern führen können und über die bei den einzelnen Schutzgütern aufgeführten Auswirkungen hinausgehen, sind nach aktuellem Kenntnisstand und bei Umsetzung der definierten Vermeidungsmaßnahmen nicht zu erwarten.	

## 7. Vorschläge für grünordnerische Festsetzungen

### *Ziele der grünordnerischen Festsetzungen*

Im Folgenden werden Empfehlungen für grünordnerische Festsetzungen und Hinweise für den Bebauungsplan gegeben. Damit soll zum einen eine angemessene Durchgrünung und Gestaltungsqualität des Plangebiets erreicht werden, zum anderen sollen die Belange des Natur- und Umweltschutzes einschließlich des besonderen Artenschutzes berücksichtigt werden.

Es wird empfohlen, folgende planungsrechtliche Festsetzungen, Hinweise und örtliche Bauvorschriften in den Bebauungsplan zu übernehmen:

### *Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)*

- Stellplätze sowie Zufahrten, Wege- und Platzflächen sind mit wasserdurchlässiger Oberflächenbefestigung herzustellen (z. B. Pflaster mit Rassenfugen bzw. anderen wasserdurchlässigen Fugen, sickerfähiges Pflaster, Schotterrasen, wassergebundene Decke, Drainpflaster etc.), mittlerer Abflussbeiwert  $\leq 0,5$
- Kupfer-, zink- oder bleigedachte Dächer sind im Bebauungsplangebiet nur zulässig, wenn sie beschichtet oder in ähnlicher Weise behandelt sind. Eine Kontamination des Bodens oder des Gewässers, in das anfallendes Oberflächenwasser eingeleitet wird, ist dauerhaft auszuschließen.
- Für die öffentliche und private Außenbeleuchtung sind ausschließlich Lampen mit warm- bis neutralweißer Lichtfarbe (Farbtemperatur unter 3.000 Kelvin) und einem Hauptspektralbereich von über 500 Nanometer (z. B. LED-Lampen, Natriumdampflampen) oder Leuchtmitteln mit einer UV-absorbierenden Leuchtenabdeckung zu verwenden. Die Leuchten sind staubdicht und so auszubilden, dass eine Lichteinwirkung nur auf die zu beleuchtende Fläche erfolgt und nicht in Richtung des Himmelskörpers. Nach oben streuende Fassadenanstrahlung und Himmelsstrahler sind unzulässig.

### *Pflanzgebote und Pflanzbindungen (§ 9 (1) Nr. 25a, b BauGB)*

- Auf den Baugrundstücken im allgemeinen Wohngebiet ist je angefangene 400 m<sup>2</sup> ein standortgerechter, mittelkroniger Laubbaum mit einem Stammumfang von mindestens 14 cm, bei Obstbäumen mindestens 12 cm, gemessen in 1 m Höhe, zu pflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Pflanzempfehlungen siehe Pflanzliste 1 in den Hinweisen.
- Im Bereich der Anpflanzfestsetzung im Westen des Plangebietes soll eine ein-reihige Hecke aus schnittverträglichen heimischen Baum-/ Straucharten angelegt werden. Hier sind Arten wie Roter Hartriegel, Liguster, Hasel und Hunds-Rose zu verwenden. Arten wie Kirschlorbeere oder Glanzmispel sind zu vermeiden.
- Dachflächen mit einer Neigung von  $\leq 10$  Grad sind extensiv mit Gräsern, Kräutern oder Sedum-Arten zu begrünen. Dies gilt nicht für technische Einrichtungen, Belichtungsflächen, Dächer untergeordneter Bauteile (Dachfläche  $\leq 4$  m<sup>2</sup>) und nutzbare Freiflächen auf Dächern. Aufgeständerte Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie sind auf den Dachflächen zulässig.

Unbebaute Flächen der  
bebauten Grundstücke,  
Einfriedungen (§ 74 (1) 1  
LBO, § 74 (1) 3 LBO)

Hinweise

- Die Grundstücksbereiche, die nicht von Gebäuden, Nebenanlagen oder sonstigen baulichen Anlagen überdeckt werden, sind unversiegelt zu belassen und als Grün- oder Gartenflächen anzulegen. Mit Schotter oder Kies überdeckte Beet- und Grünflächen sind nicht zulässig.
- Nebenflächen wie Mülltonnenplätze, Abfallplätze und Lagerplätze sind dauerhaft gegenüber dem Straßenraum und anderen öffentlichen Räumen abzuschirmen und gegen direkte Sonneneinstrahlung zu schützen. Die Anlagen zur Abschirmung sind - sofern es sich bei diesen nicht bereits um Gehölze (Hecken) handelt - zu begrünen (Kletterpflanzen oder Spalierbäume).
- Bäume und Sträucher dürfen nicht in der Zeit vom 01. März bis zum 30. September eines jeden Jahres abgeschnitten, auf den Stock gesetzt oder beseitigt werden.
- Der einzelne Feldahorn südöstlich des Plangebiets auf dem Flurstück Nr. 7088 ist vor schädlichen Einwirkungen während der Bauzeit durch entsprechende Baumschutzmaßnahmen nach den geltenden Normen und Regeln zu schützen (wie Stamm- und Wurzelschutz, Kronenschnitt)
- Pflanzliste 1
  - Hochstämmige Obstbäume
  - *Carpinus betulus* „Frans Fontaine“ (Hainbuche)
  - *Acer campestre* „Elsrijk“ (Feldahorn)
  - *Prunus avium* „Plena“ (Gefülltblühende Vogelkirsche)
  - *Prunus padus* „Schloß Tiefurt“ (Traubenkirsche)

## 8. Zusammenfassung

<i>Anlass</i>	Die Stadt Mahlberg plant die 6. Änderung des Bebauungsplans „Stiegele“. Zukünftig soll hier ein allgemeines Wohngebiet (WA) entstehen, das für sozialen Wohnbau genutzt werden soll. Das Plangebiet hat insgesamt eine Größe von 998 m <sup>2</sup> und enthält die Flurstücke Nr. 2330, 2331, und 2332.
<i>Aufgabenstellung</i>	Der vorliegende Umweltbeitrag hat zur Aufgabe, gem. den §§ 1 Abs. 6 Nr. 7 und 1aBauGB die Umweltbelange sowie die Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Eingriffen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund werden die derzeitigen Zustände der Auswirkungsprognosen der Planung gegenübergestellt.
<i>Ergebnis</i>	Die Prüfung der einzelnen Schutzgüter ergab unterschiedliche Beeinträchtigungen durch das Vorhaben. Durch grünordnerische Maßnahmen ist ein Mindestmaß an Durchgrünung gewährleistet und die Beeinträchtigungen durch das Vorhaben können vermindert werden. Somit verbleiben <b>keine erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter.</b>
<i>Artenschutz</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bäume und Sträucher dürfen nicht in der Zeit vom 01. März bis zum 30. September eines jeden Jahres abgeschnitten, auf den Stock gesetzt oder beseitigt werden.</li> </ul> <p>Für genauere Ausführungen siehe die artenschutzrechtliche Relevanzprüfung als Anlage zu diesem Umweltbeitrag.</p>

